

Ä1 zu A1: Kalk atmet auf! Autofreie Kalker Hauptstraße

Antragsteller*innen Jusos Kalk

Antragstext

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

notwendige Durch- oder Zufahrten, z.B. Krankenwagen/Feuerwehr/Polizei, soll es geben. Dabei soll der Verkehr von Kalk Kapelle bis zur Kalk-Mülheimer Straße für Autos gesperrt werden. Der Busverkehr wird auf die Kapellenstraße umgeleitet, wie dies schon für Umleitungen durch Bauarbeiten geschehen ist. Über die Rolshoverstraße kann der Verkehr wieder in die Kalker Hauptstraße einmünden. Die stehenden PKW könnten auf eine neugeschaffene Parkplatz Fläche gelegt werden.

Ä2 zu A1: Kalk atmet auf! Autofreie Kalker Hauptstraße

Antragsteller*innen Jusos Kalk

Antragstext

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

notwendige Durch- oder Zufahrten, z.B. Krankenwagen/Feuerwehr/Polizei, soll es geben. Daher schlagen wir folgendes vor und geben die genaue Planung an die Stadt ab: Der Verkehr soll von Kalk Kapelle bis zur Kalk-Mülheimer Straße für Autos gesperrt werden. Der Busverkehr wird auf die Kapellenstraße umgeleitet, wie dies schon für Umleitungen durch Bauarbeiten geschehen ist. Über die Rolshoverstraße kann der Verkehr wieder in die Kalker Hauptstraße einmünden. Die stehenden PKW könnten auf eine neugeschaffene Parkplatz Fläche gelegt werden.

Ä2 zu A2: Baulich getrennt – politisch vereint

Antragsteller*innen Jusos Ehrenfeld

Antragstext

Von Zeile 5 bis 7 einfügen:

1. dass sich die SPD Köln für die Planung und Umsetzung eines baulich getrennten, nicht benutzungspflichtigen, durchgängigen und sicheren Radwegs auf der Luxemburger Straße einsetzt, insbesondere im Abschnitt zwischen Scherfginstraße und

Von Zeile 13 bis 14 einfügen:

3. Verkehrssicherheit an der Luxemburger Straße hinwirkt, wobei der baulich getrennte, nicht benutzungspflichtige, Radweg als zentrale Maßnahme priorisiert wird.

Begründung

Laut §45 StVO darf in Tempo 30 Zonen kein benutzungspflichtiger Radweg reingerichtet werden.

Freiwillig zu nutzende Radwege hingegen sind möglich.

Ä1 zu A4: KVB-Rad stärken: Verlässliche Radmobilität für Menschen in Köln

Antragsteller*innen Jusos Ehrenfeld

Redaktionelle Änderung

- Ersetze "dafür" durch "daran" in Zeile 3
- Ersetze "Eine einföhrung zentraler Fahrrad-Sammelpunkte" durch "zentrale Fahrrad-Sammelpunkte eingerichtet werden"

Antragstext

Von Zeile 2 bis 3:

eine spürbare Stärkung des KVB-Radsystems einzusetzen. Konkret soll die SPD ~~dafür~~daran arbeiten, dass:

In Zeile 10:

~~Eine Einföhrung zentraler~~zentrale Fahrrad-Sammelpunkte eingerichtet werden:

Ä1 zu A5: Weil Rechte Memes nicht als Unterricht gelten sollten

Antragsteller*innen Jusos Rodenkirchen

Antragstext

Von Zeile 1 bis 2 löschen:

Die Jusos Köln fordern ~~die Stadt Köln und~~ das Land NRW auf, die politische Bildung an allen Schulformen deutlich zu stärken, indem sie schulische

Von Zeile 5 bis 6 löschen:

Zusätzlich fordern wir, dass ein ~~kommunales~~-Förderprogramm „Politische Bildung“ eingerichtet wird, das Workshops externer Träger (z. B. politische

Begründung

Länder entscheiden über Schulinhalte, nicht Städte und Gemeinden.

Ä3 zu A5: Weil Rechte Memes nicht als Unterricht gelten sollten

Antragsteller*innen

SB Innenstadt

Antragstext

Von Zeile 1 bis 6:

Die Jusos Köln fordern die Stadt Köln ~~und das Land NRW auf, die politische Bildung an allen Schulformen deutlich zu stärken, indem sie schulische Demokratiebildung ab der 5. Klasse integriert und sie in mehr Unterrichtsformate erfahrbar macht (z. B. Schüler*innenparlamente, Projektwochen, Planspiele).~~ und das Land NRW auf, die politische Bildung an allen Schulformen deutlich zu stärken, indem
~~Zusätzlich fordern wir, dass~~ ein kommunales Förderprogramm „Politische Bildung“ eingerichtet wird, das Workshops externer Träger (z. B. politische

Begründung

Der ersten Absatz gibt es schon

Ä1 zu A9: Auch Dellbrück und Holweide gehören zu Köln!

Antragsteller*innen Jusos Rodenkirchen

Titel

Ändern in:

Auch Dellbrück, Sürth und Holweide gehören zu Köln!

Antragstext

Von Zeile 6 bis 8 einfügen:

Die Stadt Köln sowie die KVB werden aufgefordert, die Stadtbahnlinie 18 wieder bis zur Endhaltestelle Thielenbruch und die Stadtbahnlinie 17 wieder bis zur Endhaltestelle zu führen und die ursprüngliche Linienführung vollständig wiederherzustellen.

Begründung

Die Linie 17 ist wichtig für Personen die südlich von Rodenkirchen leben, um ohne Umstieg zur Severinsstraße zu kommen. Darüber hinaus können Personen aus dem Kölner Süden bei Fertigstellung der Linie 17 deutlich schneller den Hauptbahnhof bzw. die Innenstadt erreichen. Zudem würde dies auch zu einer Entlastung der zu Stoßzeiten schon überlasteten Linie 16 und zu einer höheren Taktierung an den Haltestellen Sürth Bf, Michaelshoven und Siegstraße führen.

Ä1 zu A10: Schutz ist ein Menschenrecht

Antragsteller*innen SB Innenstadt

Antragstext

Nach Zeile 13 einfügen:

- **Darüber hinaus sind Frauenhausplätze mindestens in dem Umfang zu schaffen, den die Istanbul-Konvention vorsieht.**

Ä2 zu A10: Schutz ist ein Menschenrecht

Antragsteller*innen Jusos Nippes & Jusos Chorweiler

Antragstext

Von Zeile 11 bis 13 einfügen:

1. Sicherung der Frauenhäuser und Beratungsstellen

- **Frauenhäuser und Schutzunterkünfte dürfen von Haushaltskürzungen nicht betroffen sein.**

BESSER -> Die Stadt Köln muss die Finanzierung der Frauenberatungsstellen langfristig sicherstellen und entsprechende Mittel im nächsten Haushaltsentwurf berücksichtigen.

Begründung

Im Haushaltsentwurf der Stadt Köln für 2025/26 sollten die finanziellen Mittel für Frauenberatungsstellen drastisch gekürzt werden. Das sollte z.B. FrauenLeben e.V., Agisra e.V., Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V. und weitere Beratungsstellen und Projekte betreffen. Diese und weitere Beratungsstellen waren schon vorher unterfinanziert und könnten durch weitere Kürzungen ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben. Nur nach massiven Protesten wurden die Kürzungen für die Jahre 2025 und 2026 ausgesetzt, aber für die Zukunft ist die Arbeit der Beratungsstellen keinesfalls gesichert. Daher setzen sich die Jusos Köln für eine langfristige Absicherung der Frauenberatungsstellen ein.

Ä1 zu A13: Millionärssteuer einführen, Sozialsysteme entlasten

Antragsteller*innen

SB Ehrenfeld

Antragstext

Von Zeile 7 bis 9:

für zukünftige Generationen zu sichern und weitere Belastungen für Arbeitnehmer*innen, insbesondere mit niedrigen und mittleren Einkommen, zu vermeiden.

Sehr hohe Vermögen sind in den letzten Jahren deutlich schneller gewachsen als die Einkommen der breiten Bevölkerung, was die bestehende soziale Ungleichheit weiter verschärft hat. Während viele Menschen mit steigenden Lebenshaltungskosten kämpfen, konzentriert sich ein wachsender Anteil des gesamtgesellschaftlichen Reichtums in den Händen weniger. Eine Besteuerung großer Vermögen würde daher die Solidarität stärken und zu einer gerechteren Verteilung der finanziellen Lasten beitragen. Gleichzeitig würde sie das Prinzip der Leistungsfähigkeit konsequenter umsetzen als aktuell, indem diejenigen stärker herangezogen werden, die dauerhaft über höhere finanzielle Ressourcen verfügen. Die zusätzlichen Einnahmen könnten unter anderem gezielt zur Stabilisierung von Renten-, Kranken- und Pflegesystemen eingesetzt werden, die angesichts des demografischen Wandels und steigender Kosten dringend (!) Entlastung benötigen. Dadurch ließe sich die (vergleichsweise) hohe Qualität der deutschen, sozialen Sicherungssysteme erhalten, ohne Leistungen weiter kürzen zu müssen. In der Folge könnten weitere Beitrags- und Lohnsteuererhöhungen für Arbeitnehmer*innen vermieden oder zumindest deutlich begrenzt werden, was insbesondere niedrige und mittlere Einkommen entlastet.

Eine Millionärssteuer ist dabei eine gezieltere Form der bekannten Vermögenssteuer. Sie setzt bewusst erst bei sehr großen Vermögen an und schützt kleinere und mittlere Vermögen, etwa von Familien, Selbstständigen oder kleinen und mittleren Unternehmen vor zusätzlicher finanzieller Belastung. Dadurch wird vermieden, dass betriebsnotwendiges Vermögen oder private Altersvorsorge unangemessen stärker besteuert werden. Im Gegensatz zu einer allgemeinen Vermögenssteuer ist die Millionärssteuer somit sozial treffsicherer und klarer begrenzbare. Zudem ist sie natürlich gesellschaftlich besser vermittelbar, da sie sich eindeutig auf außergewöhnlich hohe Vermögen richtet und nicht die breite Bevölkerung betrifft.

Begründung

Begründung soll Beschlusslage werden.

Ä1 zu A14: TW: Gewalt bei der Geburt - Gebärende Personen besser schützen!

Antragsteller*innen

SB Ehrenfeld

Antragstext

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

Die Jusos Köln setzen sich daher dafür ein, dass eine zentrale, öffentlich geförderte und sichtbare Beschwerde- und Meldestelle in Köln eingerichtet wird.

Gebärende sind rechtlich nicht schutzlos. Das geltende Patienten- und Haftungsrecht garantiert grundsätzlich Aufklärung, Einwilligung und körperliche Selbstbestimmung, aber in der besonderen Situation der Geburt greifen diese Rechte häufig nicht (wirksam). Zeitdruck, Schmerzen, medizinische Hierarchien und strukturelle Überlastung erschweren eine tatsächliche informierte Einwilligung und eine selbstbestimmte Entscheidung der gebärenden Person erheblich.

Problematische und/oder gar traumatisierende Erfahrungen während der Geburt werden oft als individuelle Behandlungsfehler eingeordnet. Diese Perspektive wird der Realität einiger Geburtsverläufe allerdings nicht gerecht. Verletzungen von Würde und Autonomie sind während der Geburt schwer durchsetzbar, obwohl sie für Betroffene gravierende Folgen haben können.

Niedrigschwellige, unabhängige Beschwerde- und Beratungsangebote können hier beitragen, bestehende Rechte tatsächlich wirksam werden zu lassen, Betroffene zu unterstützen und strukturelle Problemlagen sichtbar zu machen.

Begründung

Begründung soll Beschlusslage werden.

Ä1 zu A17: Verantwortung statt Verharmlosung – Für einen zeitgemäßen Umgang mit Alkohol

Antragsteller*innen SB Innenstadt

Antragstext

Von Zeile 5 bis 6:

~~2. Das Mindestalter für den Verkauf von alkoholischen Getränken (Bier, Sekt und Wein) von 16 auf 18 Jahre erhöht wird.~~

2. Vermehrt in Prävention und Aufklärung investiert wird, um frühzeitig auf die Gefahren durch Alkohol aufmerksam zu machen.

Begründung

Wer wählen darf, sollte sich auch das Ergebnis schön trinken dürfen. ?

Als Jusos setzen wir uns grundsätzlich für eine Liberalisierung der Drogengesetze ein. Durch eine Erhöhung des Mindestalters würde der Konsum mutmaßlich nicht abnehmen, sondern nur in die Illegalität verlagert werden, wo er noch schlechter kontrolliert werden kann. Daher ist unser Ansatz der für mehr Prävention.

Ä1 zu A20: Antrag: Keine Mandatsträger:innenabgabe für BAFöG-Beziehende

Antragsteller*innen Jusos Ehrenfeld

Antragstext

Von Zeile 1 bis 9:

Die UBDK beschließt darauf hinzuwirken, dass auf dem nächsten Parteitag der Köln SPD ~~F~~ abgestimmt wird, dass Mitglieder, die eine Aufwandsentschädigung für ein ~~parteiinternes oder~~ kommunalpolitisches Ehrenamt erhalten und gleichzeitig ~~BAFöG-beziehen~~ ein Einkommen unterhalb oder nahe der Existenzsicherungsgrenze beziehen insbesondere BaFög- und Sozialleistungsbeziehnde, von der Verpflichtung zur Zahlung einer Mandatsträger:innenabgabe befreit werden.

~~Die Befreiung gilt mindestens in der Höhe, in der die Aufwandsentschädigung auf das BAFöG angerechnet wird. Alternativ soll die Mandatsträger:innenabgabe für diesen Personenkreis vollständig entfallen, solange ein Anspruch auf BAFöG-Leistungen besteht.~~

Die Befreiung gilt mindestens in der Höhe, in der die Beziehenden aufgrund der verpflichtenden Abgaben die zur Lebensführung zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel unter das Existenzminimum fallen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä1 zu A22: Kanzlerkandidatin 2029 – feministische Kurskorrektur jetzt

Antragsteller*innen Jusos Rodenkirchen

Antragstext

Von Zeile 1 bis 2:

Die UBDK beschließt darauf hinzuwirken, dass die SPD sich ausdrücklich dazu bekennt, zur nächsten Bundestagswahl ~~2029~~ eine ~~Kanzlerkandidatin~~ Spitzenkandidatin aufzustellen.

Begründung

Es ist nicht sicher, ob es Neuwahlen erst in 2029 geben wird und ob die SPD überhaupt eine:n Kanzlerkandidaten:in aufstellen wird.

Ä1 zu A25: Arbeitsprogramm 2026

Antragsteller*innen SB Innenstadt

Antragstext

Von Zeile 103 bis 107:

~~Wir sind Arbeiter*innenpartei und wollen uns im kommenden Vorstandsyear stärker mit dem Thema Arbeit auseinander setzen. Denkbar sind Themen wie z.B. Armut trotz Arbeit, Minijobs, Leiharbeit. Außerdem möchten wir uns schwerpunktmäßig mit der Situation in benachteiligten Kölner Stadtteilen befassen. Ein Beispiel dafür wäre der Kölnberg im Stadtbezirk Rodenkirchen.~~

Aus der Wut auf soziale Ungerechtigkeit haben viele von uns die Motivation geschöpft uns politisch zu engagieren und Juso-Mitglieder*innen zu werden. Deshalb stellen Themen, die soziale Gerechtigkeit betreffen, für uns als Jusos Köln einen zentralen Teil unserer Verbandsarbeit dar. Ziel dieser Arbeit ist es unsere Mitglieder*innen und unseren Verband zu ermächtigen auf die SPD einzuwirken, damit die SPD in Zukunft wieder eine Partei ist, die für soziale Gerechtigkeit – nicht für soziale Ungerechtigkeit – steht. Ein zentrales Thema, dem wir uns dabei im Rahmen unserer Bildungsarbeit widmen wollen, ist Überreichtum. Wir wollen uns anschauen, welche strukturellen Ursachen das Anwachsen der Vermögensungleichheit in Deutschland begünstigen und uns fragen, wie der Staat Überreichtum wirksamer bekämpfen kann. Als sozialistischer Jugendverband betrachten wir es als unsere Aufgabe, innerhalb dieser Debatten auch immer zu hinterfragen, inwieweit „soziale Gerechtigkeit“ innerhalb eines kapitalistischen Systems überhaupt zu verwirklichen ist. Während monatelang über eine Bürgergeldreform diskutiert wird, durch die der Staat bestenfalls 850 Millionen Euro spart, wird die mangelhafte Verfolgung von Steuerkriminalität, die den Fiskus jedes Jahr mehr als 100.000 Millionen Euro kostet, politisch kaum thematisiert. Wir wollen uns damit beschäftigen, was wir als Verband und als Individuen tun können, um dieser diskursiven Schieflage etwas entgegenzusetzen. Fragen der sozialen Gerechtigkeit sind vielfältig und die Wirkung sozialer Ungerechtigkeit ist vielschichtig. Wir wollen uns der Frage widmen, wie soziale Ungerechtigkeit unserer Demokratie schadet. Als Arbeiter*innenpartei wollen wir uns außerdem mit dem Thema Arbeit auseinandersetzen und uns fragen, ob und wie bspw. Minijobs,

Leiharbeit oder die neue Grundsicherung soziale Ungleichheit verschärfen. Auch das Thema Bildungsgerechtigkeit spielt für uns eine zentrale Rolle. Der Umstand, dass individuelle Bildungschancen stark von der sozialen Herkunft abhängig sind perpetuiert soziale Ungleichheit über Generationen hinweg. Auch Köln ist geprägt von sozialer Ungleichheit. Wir wollen die Ursachen für die strukturelle Benachteiligung bestimmter Stadtteile ergründen und Strategien erarbeiten, wie wir als Jusos Köln einen Beitrag leisten können, um Köln zu einer solidarischeren und gerechteren Stadt zu machen. Dabei soll ein Themenschwerpunkt Wohnungspolitik sein. Innerhalb unseres Verbandes wollen wir sicherstellen, dass Partizipation auch in Zukunft keine Frage des Geldbeutels ist. Bei der Planung von Veranstaltungen werden wir daher gewährleisten, dass niemand aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen von der Teilnahme ausgeschlossen ist. Soweit dies notwendig ist, werden die hierfür schon bestehenden Konzepte erweitert.

Ä5 zu A25: Arbeitsprogramm 2026

Antragsteller*innen SB Mülheim

Antragstext

Von Zeile 138 bis 139 einfügen:

mehrere Tage hinweg ermöglicht es, Themen vertieft zu behandeln und die politische Bildung mit gemeinschaftlichem Erleben zu verbinden.

Wir wollen des Weiteren wieder zum ursprünglichen, zweitägigen Format der UBDK zurückkehren. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die aktuelle eintägige Straffung nicht ausreicht, um komplexe Fachthemen mit der notwendigen Tiefe zu bearbeiten. Dabei soll zwischen den Tagen die UBDK-Party beibehalten werden, um für den nötigen Ausgleich zu sorgen. Um auch in solchen informellen Veranstaltungsformaten die Schäl Sick zusätzlich zu repräsentieren, setzen wir uns für die Winterfeier auf der rechten Rheinseite ein. Beides gilt natürlich nur im Rahmen des organisatorisch und finanziell möglichem.

Ä1 zu A26: Awareness-Konzept der Jusos Köln

Antragsteller*innen SB Innenstadt

Antragstext

Von Zeile 77 bis 78 einfügen:

per Akklamation nominiert und anschließend vom Vorstand in der konstituierenden Sitzung ernannt.[Leerzeichen]

Die Kandidierenden müssen ihre Kandidatur 14 Tage vor der Unterbezirksdelegiertenkonferenz bekanntgeben.

In Zeile 103:

Während der Awareness-Schichten wird konsequente Nüchternheit **erwartet** vorausgesetzt.

Von Zeile 106 bis 109:

- ~~FINTA*-Plena und Vernetzungstreffen,~~
- FINTA*-Plena und Vernetzungstreffen, auch in Verbindung mit Männer-Plena zur antisexistischen Bildungsarbeit,
- Queere Plena ~~bei Bedarf,~~ und Vernetzungstreffen, auch in Verbindung mit “How to be an Ally”-Workshops,
- BIPoC-~~Vernetzung~~ Plena und Vernetzung, auch in Verbindung mit Critical-Whiteness-Arbeit.

Ä3 zu A26: Awareness-Konzept der Jusos Köln

Antragsteller*innen Jusos Nippes & Jusos Chorweiler

Antragstext

Von Zeile 51 bis 53:

3. Begleitung des Vorstands:

Die A-AG berichtet dem Vorstand der Jusos Köln ~~regelmäßig~~ quartalsweise in anonymisierter Form über ihre Arbeit, weist auf strukturelle Missstände

Von Zeile 76 bis 78:

Die Mitglieder der Awareness-AG werden auf der Unterbezirksdelegiertenkonferenz ~~per Akklamation~~ in einer geheimen Abstimmung nominiert und anschließend vom Vorstand in der konstituierenden Sitzung ernannt.

Von Zeile 118 bis 120:

Wahrung der Vertraulichkeit über den Stand des Verfahrens. Weitere Schritte erfolgen in Absprache sowie mit ~~den Betroffenen und im Rahmen der Möglichkeiten eines politischen Jugendverbandes~~ Zustimmung der betroffenen Person, die Diskriminierung erfahren hat. [Leerzeichen]

Begründung

Zeile 52: Die Regelmäßigkeit der Berichterstattung sollte konkretisiert werden, um einen Überblick über Verfahren im JUBV zu erhalten.

Zeile 77: Die Awareness-AG hat eine wichtige Aufgabe und trägt eine hohe Verantwortung. Dieser wird eine geheime Abstimmung besser gerecht als eine bloße Akklamation.

Zeile 119: Zudem ist es insbesondere wichtig, dass Maßnahmen mit Zustimmung der Betroffenen Person stattfindet. Eine Absprache könnte auch ohne Zustimmung erfolgen. Sie ist jedoch wichtiger Grundstein, um das Vertrauen von betroffenen Personen zu erlangen, sich überhaupt erst an die A-AG zu wenden.

**Ä1 zu A27: Touch some grass – Zukunft braucht anständige
Begegnungsflächen!**

Antragsteller*innen Jusos Porz

Antragstext

Von Zeile 8 bis 9 einfügen:

2. die zügige Sanierung bestehender, stark frequentierter und aktuell vernachlässigter Anlagen, wobei Anlagen in vernachlässigten Stadtvierteln die gleiche Priorität erhalten müssen.

Von Zeile 11 bis 12 einfügen:

3. und Aufenthaltsflächen, insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in ganz Köln.

Ä1 zu A32: Erst Stadt, dann Spiele – Olympia in Köln nachhaltig gestalten

Antragsteller*innen

SB Innenstadt

Antragstext

Von Zeile 1 bis 25:

Die Jusos Köln fordern die KölnSPD auf, eine Bewerbung Kölns als “Leading City” für Olympische Spiele der Region Rhein-Ruhr ~~(2036/40/44) nur zu unterstützen, wenn die geplanten Maßnahmen verbindlich festgeschrieben werden sowie langfristig einen echten sozialen und infrastrukturellen Mehrwert für die Menschen in ganz Köln und besonders in den Randbezirken schaffen.~~ (2036/40/44) nicht zu unterstützen. Die Jusos Köln sprechen sich gegen eine Bewerbung der Stadt Köln und der Rhein-Ruhr-Region für die Olympischen Spiele aus.

~~Daher fordern wir:~~

- ~~1. Das geplante Olympische Dorf im Kölner Norden (Kreuzfeld) muss von Beginn an so konzipiert werden, dass es nach den Olympischen Spielen dauerhaft in ein bezahlbares, sozial durchmischtes Wohnviertel überführt wird.~~
- ~~2. Der Bau einer neuen S-Bahn-Station, neuer Autobahnab- und -zufahrten sowie eines flächendeckenden Netzes sicherer Fahrradwege muss verbindlich zugesagt, frühzeitig umgesetzt und langfristig gesichert werden.~~
- ~~3. Öffentliche Investitionen dürfen nicht überwiegend privaten Konzernen zugutekommen, sondern müssen nachweislich den Bürger:innen vor Ort dienen.~~
- ~~4. Einbeziehung der Randbezirke in die Austragung und Planung. Olympische Veranstaltungen sollen bewusst auch außerhalb der Innenstadt stattfinden, damit Investitionen gerecht verteilt werden und nicht nur das Zentrum profitiert.~~
- ~~5. Öffentliche Gelder müssen der Allgemeinheit dienen, Investitionen durch Bund und Land dürfen nicht überwiegend privaten Konzernen zugutekommen. Alle Maßnahmen müssen nachweislich den Bewohner*innen vor Ort nutzen.~~
- ~~6. Langfristige und vorausschauende finanzielle Planung, um Kostenexplosionen zu vermeiden.~~

~~Eine Zustimmung zu Olympia kann es nur geben, wenn diese infrastrukturellen Verbesserungen vorab politisch beschlossen, nachhaltig geplant und ihr dauerhafter Bestand garantiert wird.~~

Begründung

Die Haushaltslage der Stadt Köln ist derzeit mehr als angespannt. Die Haushaltssperre bedroht bereits jetzt wichtige Strukturen im Kultur-, Jugend- und Sozialbereich. Eine erfolgreiche Olympiabewerbung würde zu einer weiter steigenden Belastung für den Haushalt der Stadt führen und dies über Jahre hinweg. Mögliche Zuschüsse von Bund und Land werden hierbei in keinem Fall in vollem Umfang die nötigen Ausgaben für Olympia abdecken. Geld, das für Sportgroßveranstaltungen verwendet wird, fehlt an anderer Stelle. Die Folge wäre weitere Kürzungen zum Nachteil des sozialen und kulturellen Bereichs.

Der oftmals hervorgehobene Effekt, durch Veranstaltungen wie Olympia käme es zu Mehreinnahmen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand, ist wissenschaftlich widerlegt. Die Kosten für die öffentliche Hand übersteigen in jedem Fall die Mehreinnahmen durch die olympischen Spiele.

Die Stadt München hat im Falle einer erfolgreichen Olympiabewerbung mit Kosten von mindestens 18 Milliarden Euro kalkuliert. Für Köln und NRW fehlt bis heute eine verlässliche Einschätzung zu den Kosten für Olympia. Die Schätzung aus München, welches über bedeutend mehr passende Sportstätten verfügt, zeigt jedoch in welchen Dimensionen sich die Kosten für Olympia bewegen. Umso unseriöser erscheint es daher, dass eine Olympiabewerbung von NRW abgegeben werden soll ohne eine grobe Kostenschätzung.

Anders als Olympiabefürworter*innen es suggerieren, würde nicht mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen. Das Gegenteil ist sogar der Fall. Die Veranstaltung von olympischen Spielen führt im Regelfall zur Aufwertung der dortigen Gegend und somit zu stark steigenden Preisen. So entsteht allenfalls Wohnraum, dieser ist jedoch nicht bezahlbar und führt sogar zur Verdrängung von Einkommensschwachen.

In Köln wäre besonders das neu geplante Kreuzfeld betroffen. Die bisherigen Planungen müssten zum Teil über Bord geworfen werden. Auch dies verursacht wieder einmal Mehrkosten, wofür allein der Haushalt der Stadt Köln aufkommt. Der Bau eines Leichtathletikstadions in Kreuzfeld würde wertvolle Fläche versiegeln, die sich langfristig besser für Wohnraum als für ein überdimensioniertes Stadion eignen würde. Das Olympiadorf könnte zwar nach Abschluss der Spiele in Wohnraum umgewandelt werden, doch nur im Gegenzug zu deutlich höheren Kosten als der normale Bau von Wohnraum erfordern würde.

Auch die Stadt Paris versuchte bereits ihr Olympiadorf in bezahlbaren Wohnraum umzuwandeln, hatte hierbei jedoch nur mäßigen Erfolg. Es fanden sich nur wenige Kaufinteressent*innen für die Wohnungen, weil diese vielfach zu teuer waren. Ein günstigerer Verkauf wiederum hätte zu hohen Verlusten bei der Stadt geführt. Eine Olympiabewerbung ist somit nicht vereinbar mit den derzeitigen Kürzungen im

sozialen und kulturellen Bereich, den wir derzeit erleben. Ein kurzfristiges Event ohne nachhaltige wirtschaftliche Effekte darf nicht auf Rücken der Schwachen ausgetragen werden.

Eine zusammengefasste Übersicht über die Einschätzung deutscher Wirtschaftsinstitute findet sich hier: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/preise-wohnen-konjunktur-was-bringt-olympia-fur-die-wirtschaft--und-was-nicht-14646527.html>

Ä2 zu A33: Justitia und die soziale Ungerechtigkeit

Antragsteller*innen Jusos Innenstadt und Ehrenfeld

Antragstext

Von Zeile 39 bis 40 löschen:

- ~~Höhere Bestrafung von Steuerhinterziehung, auch schon bei kleineren Summen~~

Nach Zeile 42 einfügen:

- Steuerfahndung personell besser auszustatten.

Von Zeile 78 bis 79:

- ~~Pflichtverteidiger*innen grundsätzlich in jedem (Ermittlungs-) Verfahren und nicht nur auf Antrag der Angeklagten~~
- die Pflichtverteidigung (§ 140 StPO) auf alle Delikte auszuweiten

In Zeile 82 löschen:

- ~~„Top-Anwält*innen“ zur Übernahme von „pro bono“-Arbeit verpflichten~~

Von Zeile 118 bis 127:

- die Kriterien der Sozialprognose (56 Abs. 1 StGB) so auszurichten, dass soziale Einbindung, familiäre Stabilität und unterstützende Netzwerke stärker positiv berücksichtigt werden als ökonomische Faktoren wie Erwerbsstatus oder Einkommenshöhe

- ~~Soziale Herkunft, Armut, Arbeitslosigkeit oder Suchterkrankungen dürfen bei der Strafzumessung nicht zu Nachteilen führen~~
- bei der Strafzumessung (§ 46 StGB) klarzustellen, dass Armut, Erwerbslosigkeit oder Suchterkrankungen nicht mittelbar strafschärfend wirken dürfen, sondern diese als Ausdruck wirtschaftlicher oder sozialer Problemlagen angemessen berücksichtigt werden müssen
- ~~Straftaten aus Notlagen dürfen nicht pauschal als besonders schwer oder „gewerbsmäßig“ eingestuft werden; Armut darf keine Strafverschärfung begründen.~~
- die Anwendbarkeit der Gewerbsmäßigkeit, insbesondere im Bereich der Eigentums- und Vermögensdelikte (u.a. § 243 StGB) zu präzisieren, sodass Straftaten zur Sicherung des Existenzminimums oder bezogen auf geringe Sachwerte nicht als besonders schwere Fälle ausgelegt werden
- ~~Faire Geldstrafen, die den Verurteilten ein Existenzminimum belassen~~
- die Regelung der Geldstrafe (insb. § 40 Abs. 2 StGB) so anzupassen, dass Geldstrafen Menschen am Existenzminimum nicht gefährden, aber auch bei sehr hoher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit oder sehr hohem Vermögen nicht wirkungslos bleiben.
- ~~Einkommen nicht schätzen. Das Steuergeheimnis muss für diesen Fall außer Kraft gesetzt werden, damit dass Gerichte Zugriff auf das Einkommen von Angeklagten haben~~
- die Verfahren zur Bemessung von Tagessätzen (§ 40 Abs. 3 StGB) zu überprüfen und weiterzuentwickeln, um eine realitätsgerechte Ermittlung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sicherzustellen.
- flankierende Maßnahmen zu stärken, um Überschuldung und Ersatzfreiheitsstrafen insbesondere bei Menschen mit geringen finanziellen Mitteln zu vermeiden.

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä2 zu S2: Awareness-Arbeit in der Satzung verankern!

Antragsteller*innen Jusos Nippes & Jusos Chorweiler

Satzungsänderungstext

Von Zeile 4 bis 5:

(1) Die Unterbezirksdelegiertenkonferenz nominiert ~~per Akklamation~~ in geheimer Abstimmung vier bis fünf Personen für die Awareness-AG der Jusos Köln. Diese werden ihm Rahmen der

Begründung

Die Awareness-AG hat eine wichtige Aufgabe und trägt eine hohe Verantwortung. Dieser wird eine geheime Abstimmung besser gerecht als eine bloße Akklamation.